

140. Beilage im Jahr 2022 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 140/2022

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 10.11.2022

Betreff: Mit Mut eine unterirdische, mehrgleisige Bahntrasse von Wolfurt nach Deutschland für das Zielnetz 2040 entwickeln

Sehr geehrter Herr Präsident,

vor genau 150 Jahren wurde die "Vorarlberger Bahn" 1872 in Betrieb genommen und seither haben wir eine eingleisige Bahnverbindung zwischen Bregenz und Lindau. Die grenzüberschreitenden Mobilitätsbedarfe der Vorarlberger Bevölkerung, der Besucher:innen unseres Landes und der Wirtschaft haben sich während diesen 150 Jahre deutlich verändert. Nachdem relevante Akteure bis letztes Jahr noch der Meinung waren, dass ein eingleisiger Schienenverkehr für die heutigen und zukünftigen Bedarfe ausreiche, gibt es spätestens seit Vorliegen der SMA-Studie ein gemeinsames Verständnis, dass ein mehrgleisiger Ausbau nach Deutschland (neben den zusätzlichen Anforderungen im Rheintal) unumgänglich ist.

Seit 2001 wurden im Auftrag des Landes Vorarlberg und der ÖBB Machbarkeitsstudien erstellt und sowohl ober- wie unterirdische Varianten vertiefend geprüft. Als Ergebnis liegt die Erkenntnis vor, dass aus technischer Sicht unterirdische Lösungen absolut möglich sind. Die Bürgermeister der Anrainergemeinden Hörbranz, Lochau, Bregenz, Lauterach und Wolfurt haben parteiübergreifend die Chancen erkannt, die eine unterirdische Bahntrasse für die Entwicklung der Gemeinden und für die Steigerung der Attraktivität einer nachhaltigen Mobilität für Menschen und Unternehmen im Land bietet.

Bisherige Analysen und Entwicklungen bestätigen, dass sich der Personenverkehr im Rheintal, rund um den Bodensee und auf der Achse Zürich/München weiter stark entwickeln wird. Gleichzeitig werden mit der Steigerung der Kosten für den Straßenverkehr (Stichwort CO₂- Steuer) immer mehr Unternehmer:innen ihre Güter auf die Schiene bringen wollen. Gelingt eine ausreichend direkte Anbindung an das europäische Schienennetz nicht, wird die exportorientierte Wirtschaft vermehrt unter diesem Wettbewerbsnachteil leiden.

Der Bedarf für den Schienenverkehr liegt auf der Hand, und die Vorteile einer unterirdischen Bahntrasse werden sich nicht nur innerhalb der derzeit diskutierten Prognosezeiträume um 2040, sondern weit darüber hinaus für unsere zukünftigen Generationen realisieren. Tunnelbauwerke haben einen Nutzen von weit mehr als 100 Jahren oder würde jemand daran denken, den Arlbergtunnel wieder abzuschaffen?

Über die letzten 20 Jahre wurden diverse Varianten für den grenzüberschreitenden Bahnverkehr diskutiert. Die machbaren Varianten, inklusive jener der unterirdischen Varianten, sind bestätigt. Wir NEOS Vorarlberg sind überzeugt, dass die Menschen in Vorarlberg nicht weitere 30 Jahre warten wollen, bis eine Entscheidung über die seit 150 Jahren unveränderte Bahninfrastruktur nach Deutschland getroffen wird. Was wir jetzt brauchen, ist Mut, um mit einer parteiübergreifenden Allianz ein Projekt zu entwickeln, an dessen Zukunftsnotwendigkeit wir glauben und für das die Machbarkeit auf dem Tisch liegt, auch wenn es noch einige technische Hürden für die Planung gibt.

Für uns NEOS steht außer Frage, dass während der Bauzeit der laufende Zugverkehr so wenig wie möglich eingeschränkt, bestehende Bebauungen möglichst nicht angegriffen und Grundwasservorräte keinesfalls so beeinträchtigt werden dürfen, dass dies ein Risiko für die Bewohner:innen des unteren Rheintals wäre. Dass benutzerfreundliche Mobilität auch unterirdisch funktionieren kann, können wir in jeder größeren Stadt Europas erleben. Rund um die Welt wurden schon sehr anspruchsvolle Projekte mit ähnlichen Herausforderungen realisiert und wir sind davon überzeugt, dass wir auch Lösungswege hier in Vorarlberg finden werden, wenn wir den Planungsprozess jetzt unvoreingenommen und mit einem voll motivierten Expert:innenenteam durchführen.

Wir haben es in Vorarlberg selbst in der Hand, ein attraktives Projekt so vorzubereiten, dass es eine berechtigte Chance hat, in das Zielnetz 2040 aufgenommen zu werden. In Vorarlberg haben sich mittlerweile genügend voll motivierte Menschen mit entsprechender Erfahrung, beruflicher Expertise und internationalen Netzwerken dahin geäußert, dass sie mitwirken wollen. Damit können wir eine Bewegung ins Rollen bringen, mit der wir gemeinsam eine herausfordernde Vision realisieren können, die einen Unterschied für die zukünftigen Generationen macht. Wichtig ist, dass wir jetzt parteiübergreifend im Landtag an einem Strang ziehen, so wie wir es schon bei anderen Themen getan haben. Wie z.B. bei der Strategie Energieautonomie Plus 2030, bei der der nachhaltige Verkehr der wesentliche Hebel für eine klimafreundliche Zukunft ist oder wie bei der Tourismusstrategie, die u.a. nachhaltige Anreisemöglichkeiten von unseren Kernzielländern Baden-Württemberg und Bayern beinhaltet. Ein Bodenseeufer mit freiem Zugang und ohne Barrieren durch die Bahn würde die touristische Attraktivität des Landes ohne Zweifel weiter erhöhen.

Wir NEOS Vorarlberg wollen uns nicht willenlos abhängig von Entscheidungen in Wien machen, die wir nicht beeinflussen können. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit,

dass wir einen Grundsatzbeschluss über die bevorzugte Variante treffen, wie wir sie mit diesem Antrag vorschlagen und ein Projektteam gründen, welches die notwendigen Maßnahmen zur Projektaufnahme in das Zielnetz 2040 umsetzen kann. Dabei wird auch entscheidend sein, dass wir den finalen Entscheidungsträgern im Bundesministerium für Klima aufzeigen, welche nachhaltigen Wirkungen und volkswirtschaftlichen Chancen für den Standort Vorarlberg realisiert werden können. Dazu ist ein Dialogprozess mit den relevanten Stakeholdern von entscheidender Bedeutung, um die besten Lösungsideen im Prozess mitberücksichtigen zu können.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„A) Der Landtag spricht sich für eine unterirdische, mehrgleisige Bahntrasse gemäß den identifizierten Anforderungen der SMA Studie für die Strecke von Wolfurt nach Deutschland aus.

B) Dazu wird die Vorarlberger Landesregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen:

- 1. Identifikation der notwendigen, erfolgsversprechenden Bedingungen, damit eine unterirdische Bahntrasse in das Zielnetz 2040 (für die weitere Planung und Vorprojektstudie) aufgenommen werden kann.***
- 2. Ableitung von kurzfristigen Maßnahmen des Landes Vorarlberg für die nächsten sechs Monate, um einen möglichst von allen Parteien getragenen Projektentwurf zur Evaluierung des Zielnetzes 2040 (in der zweiten Jahreshälfte 2023) einbringen zu können.***
- 3. Etablierung eines Steuerungsteams (Lenkungsgremium) zur strategischen Planung sowie Evaluierung und Umsetzung dieser kurzfristig notwendigen Maßnahmen (unter Einbindung der unmittelbar betroffenen Gemeinden und vertretenden Parteien des Landtages).***
- 4. Errichtung einer Projektgesellschaft oder Gründung eines Projektteams für die Erarbeitung einer Konzeptplanung (inkl. Variantenplanung und Prüfung bautechnischer Lösungsoptionen) der unterirdischen Bahntrasse, unter den Voraussetzungen, dass eine Störung des bestehenden Zugbetriebes während der Bauzeit möglichst verhindert wird, bestehende Bebauungen möglichst erhalten bleiben und Grundwasservorräte***

nicht negativ beeinträchtigt werden. Für die Errichtung der Projektgesellschaft/des Projektteams sollen Expert:innen (national / international) mit entsprechenden Erfahrungen für ähnliche Projekte (Referenzen) über Ausschreibung gewonnen werden.

- 5. Initiierung und Steuerung eines Dialogprozesses mit relevanten Stakeholdern und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zur fortlaufenden Kommunikation des Projektfortschritts. Einholung von Ideen und Anregungen, um die besten Lösungsoptionen für dieses herausfordernde Projekt nutzen zu können.**
- 6. Durchführung einer volkswirtschaftlichen Bewertung eines unterirdischen Bahnausbaus für das Land Vorarlberg, um eine fundierte Datenbasis für eine gemeinsame, parteienübergreifende Willensbildung zu gewährleisten und damit ein gutes Fundament für die Projekteinreichung zum Zielnetz 2040 zu legen."**

LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG